

## **Bürgerinitiative Tälesbach will Antworten auf viele offene Frage**

### **Barbara Fischer, Saskia Esken und Hans-Ulrich Bay bilden Sprecherteam**

CALW. Bei der Gründung der Bürgerinitiative Tälesbach-Deponie wurden Hans-Ulrich Bay vom Verein Württembergische Schwarzwaldbahn (WSB), Barbara Fischer vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) als Vertreterin der Naturschutzverbände sowie Saskia Esken als Vertreterin der beteiligten Parteien zu Sprechern bestimmt. Das Trio soll die Bürgerinitiative in Gesprächen mit Politik, Behörden und der Bahn repräsentieren und die Forderungen und Ziele in der Öffentlichkeit deutlich machen. Noch vor der Sommerpause ist eine Podiumsdiskussion geplant, bei der die Deponieeigner Stadt Calw und Bahn AG sowie Vertreter der beteiligten Behörden das Vorhaben erläutern und all die Fragen beantworten sollen, die bisher nicht oder nur unzureichend beantwortet seien. Die Initiatoren der Bürgerinitiative sind mit der bisherigen Informationspolitik der Beteiligten unzufrieden. Angesichts des Umfangs der Maßnahme sei die Haltung der Behörden völlig unverständlich. Eine Einbeziehung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit wird von diesen als nicht erforderlich erachtet.

Nach der Ansicht der Bürgerinitiative ist ein konstruktives Miteinander für eine umweltverträgliche Lösung zwingend erforderlich.

Paul Staudenmaier vom Landesnaturschutzverband, der Althengstetter SPD-Gemeinderat Richard Dipper und Hans-Joachim Knupfer vom WSB erläuterten die verschiedenen Aspekte des Vorhabens.





Zur Stabilisierung des einst als Mülldeponie genutzten Areals würden bei der „kleinen Lösung“ 350000 bis 500000 Kubikmeter verfüllt werden. Bei der derzeit favorisierten „großen Lösung“ wären es bis zu 1,2 Millionen Kubikmeter. Zur Qualität des Materials ist in öffentlich zugänglichen Unterlagen von Erdaushub der Klasse Z2 die Rede, welcher Verunreinigungen durch Schwermetalle enthalten darf, beispielsweise bis zu einem Kilogramm Blei pro Tonne. „Z2 bringt zwar hohe Deponiegebühren auf der Einnahmenseite, aber man sollte das Bauschutt nennen und nicht Erdaushub. Bei einer Auffüllung mit Z2 kann von einer Renaturierung des Tälesbachs nun wirklich nicht die Rede sein“, sagt Dipper.

Beim Transport des Deponiematerials auf der Straße müssten über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren täglich im Schnitt 50 Lastkraftwagen zur Deponie fahren. „Das beschäftigt die Bürger in allen umliegenden Gemeinden und Kurstädten. Mittlerweile ist das Thema schon im Gemeinderat der Stadt Leonberg angekommen“, so Esken über die Wirkungen der Pressearbeit, welche bereits im Vorfeld der Gründung der Bürgerinitiative gemacht wurde.



Lärm und Abgase des Transports auf der Straße würden eine erhebliche Belastung für Mensch und Natur darstellen. „Bei einer ehemaligen Bahndepo, die naturgemäß am Rande einer Schiene liegt, drängt es sich doch irgendwie auf, das Material über die Schiene anzuliefern“, sagt Knupfer vom WSB. Die Teilstrecke der Schiene von Calw bis zur Deponie könnte mit einfachsten Mitteln für den langsamen Gütertransport ertüchtigt werden. Diese Instandsetzung würde nach Auffassung des WSB auch die Wiederbelebung der Schwarzwaldbahn als S-Bahnlinie bis Weil der Stadt nicht behindern. Sie könnte am Ende sogar Vorteile bringen. Zur Anlieferung des Verfüllungsmaterials mit Lastkraftwagen sei eine Querung der Schiene nötig, die als Brücke oder Unterführung immense Kosten verursachen würde. „Außerdem wird der Aushub von Stuttgart 21, der derzeit als Füllmaterial im Fokus der Planungen steht, auf der Schiene aus Stuttgart hinaus transportiert. Da wäre es doch widersinnig, das Material auf Lastwagen umzuladen, um es zu einer Deponie zu bringen, die Schienenanschluss hat“, formulierte Esken das Unverständnis der BI-Gründer für die bisher ablehnende Haltung der Bahn.

Vor einer Auffüllung der Deponie will die Initiative aber auch eine detaillierte Offenlegung der Untersuchungsergebnisse von möglichen Altlasten erreichen, um sicher zu gehen, dass diese keine Umweltgefährdung darstellen. „Bisher ist eine Akteneinsicht verweigert worden. Die Bürgerinitiative muss nun die richtigen Fragen stellen, und diese möglichst präzise“, so Paul Staudenmaier. Um detaillierte Fragen zu dem gesamten Themenkomplex zu formulieren, werden sich in den nächsten Wochen Arbeitsgruppen zu den Themenkomplexen „Sanierungskonzepte“, „Altlasten“ und „Transport“ treffen.

